

# **WERTE INS NETZ!**

**NEUE MEDIEN, NEUE CHANCEN, NEUE FRAGEN**

## **THESEN**

**ZUM MITGLIEDERBEZIRKSTAG**

**DER CDU SÜDBADEN**

**AM 22. NOVEMBER 2014 IN APPENWEIER**

# Inhalt

1. Einführung .....	1
2. Breitbandausbau .....	1
3. Kommunales Engagement.....	3
4. Universaldienst Internet .....	5
5. Bildung durch Breitband – breitbandige Bildung .....	6
6. Recht auf analogen Telefonanschluss .....	7
7. Routerzwang.....	7
8. Verbot von „bis-zu“ Klauseln in Internetverträgen.....	8
9. Netzneutralität.....	8
10. IT-Sicherheit .....	9

## Redaktion

Carmen Jäger

Dennis Mauch

Dr. Andreas Schwab MdEP

Philipp Singler

# 1. Einführung

2

3 Kurz vor der Gründung von T-Online im September 1995 ließ sich der damalige  
4 Vorstandsvorsitzende der Deutschen Telekom, Ron Sommer, zu der visionären Aussage  
5 verleiten, das Internet wäre „eine Spielerei für Computerfreaks, wir sehen darin keine  
6 Zukunft.“ Zehn Jahre später war T-Online der größte europäische Internet Service  
7 Provider. Auch wenn ihm heute keiner mehr zustimmen würde zeigt es doch, dass die  
8 rasante Entwicklung des weltweiten Netzes schon Mitte der 90er Jahre selbst für  
9 Führungspersonen kaum mehr vorherzusehen war. Heute beschäftigen große IT-Konzerne  
10 sogenannte „Technology Evangelists“, die den Blick in die Zukunft wagen sollen. Einig sind  
11 sie sich in ihrer Einschätzung, dass das Internet auch in Zukunft unsere Lebenswirklichkeit  
12 auf heute noch unvorstellbare Weise beeinflussen wird:

- 13 ▪ Die unter „**Industrie 4.0**“ subsummierte intelligente Vernetzung von Produktions- und  
14 Logistikprozessen bietet neue Möglichkeiten für die klassische Industrie, gerade im  
15 ländlichen Raum
- 16 ▪ **Telemedizin** kann durch die Verfügbarkeit höherer Bandbreiten manchen Arztbesuch  
17 ins Internet verlagern und damit vor allem im ländlichen Raum lange Wege ersparen  
18 und die medizinische Grundversorgung sinnvoll ergänzen
- 19 ▪ Soziale Medien und Content Plattformen ermöglichen eine neue Form der Information  
20 und der **gesellschaftlichen Teilhabe** über Generationsgrenzen und räumliche  
21 Distanzen hinweg
- 22 ▪ **E-Government** bringt Bürger und Verwaltungen im Internet näher zusammen
- 23 ▪ **E-Voting** bewegt in Zukunft möglicherweise bisherige Nichtwähler zur „elektronischen  
24 Wahlurne“

25 Von all diesen Entwicklungen kann allerdings nur profitieren, wer optimal und möglichst  
26 schnell an das Internet angebunden ist.

27 **Hierbei gilt es eine „digitale Spaltung“ zwischen Ballungsgebieten und ländlichem**  
28 **Raum unbedingt zu vermeiden.**

29

## 30 2. Breitbandausbau

31

32 Die Bundesregierung hat mit der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“<sup>1 2</sup> die Eckpunkte ihrer  
33 Breitbandstrategie für die kommenden Jahre formuliert, und am 09.10.2014 im Deutschen  
34 Bundestag beschlossen<sup>3</sup>.

35 **Die CDU Südbaden begrüßt das Ziel der flächendeckenden Breitbandversorgung mit 50**  
36 **Mbit/Sek bis 2018.**

---

<sup>1</sup> [www.digitale-agenda.de](http://www.digitale-agenda.de)

<sup>2</sup> <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Digitale-Welt/digitale-agenda.html>

<sup>3</sup> Bundestags-Drucksache 18/1973

37 Flächendeckend (99,4%) werden derzeit lediglich 2 Mbit/Sek erreicht, hauptsächlich über  
38 Kupferkabel. In 80% der städtisch geprägten Gebiete sind Bandbreiten von 50 Mbit/Sek  
39 bereits heute verfügbar, allerdings nur in 41,2% der halbstädtischen und erst 15,7% der  
40 ländlichen Gebiete.

41 Aus technischer Sicht gibt es mehrere Möglichkeiten einen flächendeckenden  
42 Breitbandausbau zu erreichen. Angefangen beim klassischen Kupferkabel über  
43 Funktechnologien bis hin zu Glasfasernetzen und einer Kombination der verschiedenen  
44 Technologien ist vieles möglich und denkbar.

45 So bestünde die Möglichkeit mittels Funktechnologien wie LTE, WIMAX oder Satellit  
46 entfernte Regionen schnell breitbandig anzubinden. Bei Internet über LTE zeigt die Praxis,  
47 dass dies derzeit und auf Grund der Ausbaupläne der großen Netzbetreiber mittel- bis  
48 langfristig in voller Geschwindigkeit nur in Ballungsräumen verfügbar sein wird. Der  
49 ländliche Raum profitiert nur beschränkt. Für WIMAX, vereinfacht formuliert ein großes  
50 WLAN basierend auf Richtfunktechnik, existieren im Moment lediglich Insellösungen<sup>4</sup>, die  
51 von den anvisierten 50 Mbit/Sek weit entfernt sind. Ein weiteres Problem besteht in  
52 Empfangsstörungen bei schlechtem Wetter. So kann die Datenrate bei Regen oder  
53 Gewittern massiv abfallen. Dieses Problem besteht auch beim Internetzugang mittels  
54 Satelliten. Jeder SAT-TV Nutzer kennt die Empfangsprobleme bei Gewittern. Beim Internet  
55 über Satellit besteht dieses Problem weiter in einer noch viel größeren Form, sodass es  
56 schon zu einem massiven Datenratenabfall bei Starkregen kommen kann. Hinzu kommt  
57 noch die Verbindungszeitproblematik (Latenz). Auf Grund der großen Entfernung  
58 zwischen Nutzer und Satellit benötigen die Signale ein Vielfaches länger. Dies hat z.B. zur  
59 Folge, dass die Ladezeiten für Webseiten sich erheblich erhöhen oder bei  
60 Internetauktionen Gebote den Server erst erreichen, wenn die Auktion bereits beendet ist.  
61 Ebenfalls aus diesem Grund eignet sich Internet über Satellit nicht für Online-Spiele, die  
62 sich gerade bei der Jugend großer Beliebtheit erfreuen.

63 **Für die CDU Südbaden sind daher auf Funk basierende Internetzugänge allenfalls**  
64 **Brückentechnologien und für die Mobilnutzung gedacht.**

65 Hohe Bandbreiten, bei gleichzeitiger Verbindungsstabilität und niedrigen Latenzen bietet  
66 nur der Anschluss mittels Glasfasertechnologie. Die derzeit liegenden Kupferkabel sind  
67 hingegen nicht geeignet. Technologisch sind wir mit den derzeitigen Datenraten am Ende  
68 des Machbaren. Nach derzeitigem Stand lassen sich Datenraten von 50 Mbit/Sek über  
69 Kupferkabel nicht oder nur mit sehr großem technologischem Aufwand erreichen.

70 **Die CDU Südbaden fordert daher den Schwerpunkt des Breitbandausbaus auf die**  
71 **Glasfasertechnologie zu legen um schnellstmöglich flächendeckend FTTH<sup>5</sup> bzw. FTTB<sup>6</sup>**  
72 **Anschlüsse für alle realisieren zu können.**

73 Dies erfordert nicht unerhebliche koordinierende Anstrengungen und Investitionen,  
74 welche sich laut einer Studie des TÜV Rheinland<sup>7</sup> je nach Ausbaustufe zwischen ~20 Mrd.  
75 € bei Nutzung des bisherigen Technologiemixes, und über 90 Mrd. € bei einer

---

<sup>4</sup> Beispielsweise bietet die Rottweiler „wireless GmbH“ kabellose Breitbandzugänge via WIMAX Technologien an, siehe [www.rw-wireless.de](http://www.rw-wireless.de)

<sup>5</sup> Fibre to the home – Glasfaseranschluss bis in die Wohnung

<sup>6</sup> Fibre to the building – Glasfaseranschluss bis in das Gebäude

<sup>7</sup> © TÜV Rheinland / BMVI 2013, Stand: Ende 2013

76 Konzentration auf Glasfaser bewegen. Auf Bundesebene sind bisher keine zusätzlichen  
77 Mittel zum Breitbandausbau in den Bundeshaushalt eingestellt, eine „Netzallianz“  
78 bestehend aus großen TK-Netzbetreibern und -Verbänden soll den Ausbau  
79 „marktgetrieben“ schrittweise durch Ersetzen von Kupfernetzen durch Glasfaser  
80 realisieren<sup>8</sup>.

81 **Die CDU Südbaden sieht in diesem Procedere die Gefahr, dass wie beim**  
82 **„marktgetriebenen“ Netzausbau in der Vergangenheit der ländliche Raum gegenüber**  
83 **den Ballungsgebieten benachteiligt wird, und fordert stattdessen ein stärkeres**  
84 **finanzielles Engagement des Bundes.**

85 Ein solches Engagement könnte neben Erlösen aus der „Digitalen Dividende II<sup>9</sup>“  
86 beispielsweise durch einen teilweisen Verkauf der Telekomaktien des Bundes<sup>10</sup>, durch eine  
87 Beteiligung des vom Bundesfinanzminister angekündigten Infrastrukturfonds, oder durch  
88 einen „Breitbandsoli“, welcher auf die monatlichen Anschlussgebühren für  
89 hochleistungsfähige Internetzugänge erhoben werden könnte, finanziert werden.

90

### 91 **3. Kommunales Engagement**

92

93 Die Bundesregierung wie auch die EU-Kommission räumt den Kommunen einen  
94 Hauptstellenwert beim Breitbandausbau ein. Gerade in „weißen Flecken“ sollen  
95 Kommunen den Ausbau in Eigenregie durchführen. Doch bedarf dies erheblicher  
96 finanzieller Mittel, was gerade für Kommunen im ländlichen Raum einen schier  
97 unbezahlbaren Kraftaufwand fordert. Als Partei des ländlichen Raumes müssen wir uns  
98 daher für einen bezahlbaren Ausbau für Kommunen einsetzen. Neben den bestehenden  
99 Programmen von EU und Bund ist hierbei das Land gefordert. Das Bundesland Bayern  
100 investiert in den kommenden Jahren ~1,5 Mrd. € in den Breitbandausbau, in Baden-  
101 Württemberg wurden im Doppelhaushalt 2013/2014 lediglich 23,4 Mio. € eingestellt. Die  
102 Landesregierung hat angekündigt, die Mittel für den Breitbandausbau im Doppelhaushalt  
103 2015/2016 zu verdreifachen, tatsächlich eingestellt wurden dann 34,05 Mio. € (2015:  
104 17,525 Mio. €, 2016: 16,525 Mio. €). Die mangelhafte Breitbandförderung des Landes wird  
105 unter anderem damit begründet, dass die Landesregierung andere Schwerpunkte unter  
106 anderem im Bereich Bildung setzen möchte.

107 **Für die CDU Südbaden sind Breitbandausbau und Bildungsinvestitionen zwei Seiten**  
108 **derselben Medaille.**

109 **Die CDU Südbaden fordert die Landesregierung auf, die Breitbandförderung auf das**  
110 **Niveau von Bayern aufzustocken. Baden-Württemberg muss auch beim**

---

<sup>8</sup> Netzallianz Digitales Deutschland: Kursbuch Netzausbau vom 07.10.14, Seite 8 ff.

<sup>9</sup> Die Bundesnetzagentur hat eine Versteigerung der Frequenzen 700 MHz, 900 MHz, 1.800 MHz und 1.5 GHz für das zweite Quartal 2015 geplant

<sup>10</sup> In deutschem Staatsbesitz befinden sich 31,7% (14,3% direkt und 17,4% über die KfW) bzw. 1437751450 Stück Telekomaktien (WKN 555750), was bei einem Kurswert von 12€ Einnahmen von über 17 Mrd. € generieren könnte

111 **Glasfaserausbau und neuen Mobilfunktechnologien wie dem LTE Nachfolger 5G**  
112 **Musterlände werden!**

113 Vor ca. 15 Jahren sind etliche Gemeinden in den Telekommunikationsmarkt als Anbieter  
114 eingestiegen. Für viele endete dies in einem finanziellen Fiasko und bald zogen sie sich aus  
115 dem Gebiet zurück. Der Breitbandausbau weckt nun bei vielen Gemeinden wieder neue  
116 Begehrlichkeiten. Doch bestehen, wie schon vor 15 Jahren, die gleichen Gefahren. Der  
117 Breitbandmarkt in Deutschland gilt als einer der am härtesten umkämpften, und seit  
118 Jahren ist eine Konzentration zu beobachten. Ein Tätigwerden macht daher nur mit dem  
119 Markt Sinn. Unseres Erachtens sollten Kommunen nicht als eigene Marktteilnehmer  
120 agieren, sondern vielmehr eine starke Stellung durch Kooperationen mit  
121 Privatunternehmen erreichen, wie die beispielsweise auch bei der Neugründung von  
122 Stadtwerken gängige Praxis ist.

123 **Daher spricht sich die CDU Südbaden dafür aus, dass Gemeinden den Breitbandausbau**  
124 **zunächst in Kooperation mit der Privatwirtschaft stemmen sollten.**

125 Allerdings entspricht es auch der Realität, dass die Privatwirtschaft in den „weißen  
126 Flecken“ aus finanziellen Gründen keinerlei Interesse hat, Gemeinden mittels Breitband  
127 anzuschließen. Hier werden viele Gemeinden mit Verweis auf eine Unterschreitung der  
128 Wirtschaftlichkeitsschwelle einfach alleingelassen. Im Rahmen einer interkommunalen  
129 Zusammenarbeit können aber auch in diesen Fällen Erfolge erzielt werden. Beispielsweise  
130 können mittels Zweckverbänden größere Gebiete breitbandtechnisch erschlossen werden.  
131 Der Schwarzwald-Baar Kreis hat hierzu einen „Zweckverband Breitbandversorgung  
132 Schwarzwald-Baar“ gegründet, in dem 20 Kommunen und der Landkreis bis 2018 einen  
133 regionalen Glasfaserring aufbauen und betreiben wollen. Hierzu sind Investitionen in  
134 Höhe von 24 Mio. € geplant.

135 **Die CDU Südbaden begrüßt die Einrichtung von Zweckverbänden zur regionalen**  
136 **Breitbandversorgung, wo diese Sinn machen.**

137 Dies ist insbesondere dort der Fall, wo keine direkte Konkurrenz zwischen kommunalen  
138 und privatwirtschaftlichen Unternehmen besteht oder in absehbarer Zeit zu erwarten ist.  
139 Die „Clearingstelle Neue Medien im Ländlichen Raum<sup>11</sup>“ sollte die Landkreise und  
140 Kommunen verstärkt auch in Fragen der Gründung von Zweckverbänden beraten. Hierzu  
141 ist eine weitere personelle und finanzielle Aufwertung der Clearingstelle unabdingbar.

142 **Die CDU Südbaden fordert einen Ausbau der Clearingstelle Neue Medien im**  
143 **Ländlichen Raum nach bayerischem Vorbild (Bayerisches Breitbandzentrum in**  
144 **Amberg<sup>12</sup>).**

145 Ein größeres kommunales Engagement setzt allerdings Planungssicherheit voraus, um die  
146 hohen Investitionen der öffentlichen Hand zu rechtfertigen und zu sichern. Es gibt Fälle in  
147 denen private Unternehmen einen Breitbandausbau ankündigen, sobald kommunales  
148 Engagement erste konkrete Planungen erreicht hat. Häufig stellen die kommunalen  
149 Entscheidungsträger unter diesem Eindruck die Planungen wieder ein und bleiben so auf  
150 nicht unerheblichen Planungskosten sitzen. Wenn die Planungen der am Markt tätigen

---

<sup>11</sup> [www.clearingstelle-bw.de](http://www.clearingstelle-bw.de)

<sup>12</sup> [www.schnelles-internet-in-bayern.de](http://www.schnelles-internet-in-bayern.de)

151 Unternehmen transparent und langfristig öffentlich gemacht werden würden, wäre es für  
152 unterversorgte Gemeinden und Regionen ein leichtes zu erkennen, ob ein kommunales  
153 Engagement sinnvoll ist.

154 **Die CDU Südbaden fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer**  
155 **Breitbandstrategie die am Markt tätigen Unternehmen zu einer langfristigen und**  
156 **transparenten Planung zu verpflichten, und entsprechende Planungen zeitnah und**  
157 **terminiert im Breitbandatlas und im Infrastrukturatlas zu veröffentlichen.**

158

## 159 **4. Universaldienst Internet**

160

161 In Deutschland zählt nach EU-Recht der Anschluss an ein Telekommunikationsnetz, das die  
162 Datenkommunikation mit Übertragungsraten ermöglicht, die für einen funktionalen  
163 Internetzugang ausreichen, zu den Universaldienstleistungen. Universaldienstleistungen  
164 sind ein Mindestangebot an Diensten für die Öffentlichkeit, für die eine bestimmte  
165 Qualität festgelegt ist und zu denen alle Endnutzer unabhängig von ihrem Wohn- oder  
166 Geschäftsort zu einem erschwinglichen Preis Zugang haben müssen und deren Erbringung  
167 für die Öffentlichkeit als Grundversorgung unabdingbar geworden ist (vgl. § 78 Abs. 1  
168 TKG). Dieses Mindestangebot muss sich jedoch auch an die sich wandelnden  
169 wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen anpassen. Mit den wachsenden  
170 Möglichkeiten, die das Internet bietet, wachsen auch die Anforderungen der Nutzer. Eine  
171 heutzutage nicht mehr adäquate Internetverbindung benachteiligt besonders die  
172 Menschen im ländlichen Raum.

173 **Eine weitere digitale Spaltung zwischen Ballungszentren und dem ländlichen Raum**  
174 **muss verhindert werden.**

175 Vorrangig sollen kurzfristig Regionen erschlossen werden, die noch nicht über eine  
176 Versorgungsbandbreite von mindestens 2 Mbit/s verfügen.<sup>13</sup> In Baden-Württemberg sind  
177 98,4% der Haushalte mit 2 Mbit/s und mehr versorgt.<sup>14</sup> Diese Geschwindigkeit ist  
178 notwendig, um beispielsweise an VoIP-Diensten teilnehmen zu können. Besonders im  
179 ländlichen Raum<sup>15</sup> sind einige Haushalte noch nicht an schnelles Internet angebunden:  
180 3,9% der Haushalte liegen versorgungstechnisch noch immer unter 2 Mbit/s.<sup>16</sup> Im  
181 Gegensatz dazu stehen 81,9% der Haushalte in Ballungszentren<sup>17</sup> 50 Mbit/s und mehr  
182 Bandbreite zur Verfügung.

183 **Die CDU Südbaden fordert die Bundesnetzagentur auf, in Zukunft verstärkt von den**  
184 **Möglichkeiten der §§80 und 81 TKG Gebrauch zu machen und Anbieter notfalls auch**  
185 **zum Betrieb eines Netzes zu verpflichten.**

186

---

13 Bundestagsdrucksachen Nr. 18/1973 und 18/2778

14 © TÜV Rheinland / BMVI 2013, Stand: Ende 2013

15 Gemeinden mit einer Bevölkerung < 100 Einwohner/km<sup>2</sup>

16 © TÜV Rheinland / BMVI 2013, Stand: Ende 2013

17 Bevölkerung ≥ 500 Einwohner/km<sup>2</sup>

## 187 **5. Bildung durch Breitband – breitbandige Bildung**

188

189 In der modernen Mediengesellschaft müssen schon Kinder und Jugendliche früh mit dem  
190 Internet vertraut gemacht werden. Denn das Internet birgt neben Chancen und  
191 Möglichkeiten auch Gefahren. Neben einer umfangreichen Aufklärung im Elternhaus muss  
192 die Schule dies gewährleisten. Auch technisch hat sich in den letzten 20 Jahren in der  
193 Schule einiges getan. Vorbei sind die Zeiten, in denen es pro Schule maximal einen (meist  
194 hoffnungslos veralteten) Computerraum gab. Heute halten WLAN, Beamer und interaktive  
195 Boards an unseren Schulen Einzug. Allerdings besteht noch bei vielen Lehrkräften eine  
196 gewisse Berührungsangst mit den neuen Medien. Diese kann allerdings durch gezielte  
197 Fortbildungen im Bereich Neue Medien abgebaut werden. Dabei sollen sich die Lehrkräfte  
198 mittels strukturierter Fortbildungspläne einen Überblick verschaffen, angefangen bei der  
199 einfachen Benutzung der Geräte bis hin zu sozialen Medien wie Facebook und Co.

200 **Die CDU Südbaden fordert daher eine Fortbildungsreihe Neue Medien für Lehrer um**  
201 **deren Medienkompetenz zu stärken.**

202 **Einen „Anti-Facebook-Erlass<sup>18</sup>“ o.Ä. lehnen wir ab, vielmehr müssen Schüler fachkundig**  
203 **an das Thema soziale Medien herangeführt werden.**

204 Oft werden die Schulnetzwerke von Lehrern selbst administriert. Diese investieren  
205 vielfach ihre Freizeit für Fortbildungen und der Verwaltung des Schulnetzes. Im Rahmen  
206 ihres Deputats erhalten sie hierfür jedoch lediglich zwei bis drei Stunden angerechnet. Mit  
207 Blick auf die hohe Nutzerzahl ist festzustellen, dass vergleichbare Netzwerke in der  
208 Privatwirtschaft bzw. der übrigen Verwaltung häufig von mehreren Vollzeitstellen  
209 administriert werden. Daher ist eine Aufwertung der Deputatsstunden für  
210 Schulnetzbetreuer unumgänglich, um eine angemessene Verwaltung und eine faire  
211 Vergütung sicherzustellen.

212 **Die CDU Südbaden fordert die Aufwertung der Deputatsstunden für**  
213 **Schulnetzbetreuer.**

214 Eine sachgerechte Verwaltung setzt auch eine ordentliche Ausbildung voraus. Häufig sind  
215 Schulnetzbetreuer aus privatem Interesse zur Netzwerkverwaltung in den Schulen  
216 gekommen, gerne werden auch junge Kollegen „zwangsverpflichtet“. Geschult werden sie  
217 in Fortbildungen. Anders als in der Privatwirtschaft oder der sonstigen öffentlichen  
218 Verwaltung erhalten sie keine grundlegende Administratorenausbildung. Dies ist in den  
219 sonstigen Fällen mindestens ein eigener Ausbildungsberuf, wenn nicht gar ein  
220 Informatikstudium. Nun könnte man argumentieren, dass dies ja bei einer Schule gar nicht  
221 benötigt wird. Dennoch sollte die Komplexität einer Schul-IT nicht unterschätzt werden.  
222 Häufig befinden sich Schüler in einer Art Wettkampf mit dem Lehrer um neue  
223 Sicherheitslücken und um deren Ausnutzung. Um die Sicherheitslecks aber effektiv  
224 bekämpfen zu können, muss der Lehreradministrator über ein hohes Fachwissen verfügen  
225 und dieses auch ständig aktuell halten.

---

<sup>18</sup> Das Kultusministerium Baden-Württemberg schränkt mit Erlass vom Juli 2013 die Nutzung sozialer Netzwerke an Schulen stark ein



226 **Die CDU Südbaden fordert eine Intensivierung der Ausbildung für Schulnetzbetreuer.**

227 Eine tragende Rolle könnte hierbei den Kreismedienzentren mit ihren Schulnetzberatern,  
228 sowie dem Landesmedienzentrum (LMZ)<sup>19</sup> zukommen. Zu prüfen wäre auch, ob eine  
229 berufsbegleitende Weiterbildung (wie ein Kurs zum „IT-Netzwerkadministrator(in)“ bei  
230 den Industrie und Handelskammern) für Schulnetzbetreuer besonders gefördert, und nach  
231 erfolgreichem Abschluss auch stärker honoriert werden kann.

232

233 **6. Recht auf analogen Telefonanschluss**

234

235 Die deutsche Telekom plant bis 2019 alle analogen Telefonanschlüsse auf das digitale  
236 Voice-over-IP (VoIP) umzustellen. Bei VoIP wird Sprache in Datenpakete umgewandelt  
237 und wie der „normale“ Internetverkehr über das Internet übertragen. Doch steigt damit  
238 auch die Störungsanfälligkeit. Die deutsche Telekom hatte im Sommer 2014 über mehrere  
239 Wochen bundesweit Probleme mit ihren VoIP Anschlüssen. Hintergrund waren vereinfacht  
240 formuliert Störungen im Internet. Dies hatte zur Folge, dass die Nutzer immer wieder in  
241 unregelmäßigen Abständen weder selbst anrufen noch erreicht werden konnten. Selbst  
242 Notrufe waren in dieser Zeit nicht möglich. Im Gegensatz dazu funktioniert ein analoger  
243 Telefonanschluss sogar ohne Strom und fällt in der Regel lediglich bei physikalischen  
244 Störungen aus. Diese kommen aber sehr selten vor, weshalb auch viele Hausalarme und  
245 stille Alarmer von Geschäften und Banken über einen analogen Telefonschluss laufen. Um  
246 weiterhin diese hohe Versorgungssicherheit zu gewährleisten darf der analoge  
247 Telefonanschluss nicht abgeschafft werden.

248 **Die CDU Südbaden spricht sich gegen die Zwangsumstellung aller Telefonanschlüsse**  
249 **auf VoIP aus und fordert ein Recht auf einen analogen Telefonanschluss.**

250

251 **7. Routerzwang**

252

253 Leider verhindern einige Internetserviceprovider eine freie Routerwahl durch den  
254 Endkunden, dies geschieht vor allem durch die Nicht-Mitteilung vollständiger  
255 Zugangsdaten. Viele Nutzer, Verbraucherverbände, die deutschen Routerhersteller und  
256 auch die große Koalition haben sich sehr deutlich gegen einen solchen Routerzwang  
257 ausgesprochen. Leider ist die Bundesnetzagentur als zuständige Behörde hier in letzter  
258 Zeit durch einen nicht nachvollziehbaren Zickzackkurs<sup>20</sup> aufgefallen.

259 **Die CDU Südbaden spricht sich für eine freie Austauschbarkeit des**  
260 **Netzabschlussgeräts aus und fordert die Bundesnetzagentur auf in ihrer**  
261 **Transparenzverordnung für Klarheit zu sorgen.**

262

---

<sup>19</sup> [www.lmz-bw.de](http://www.lmz-bw.de)

<sup>20</sup> c't 2014, Heft 22, S.28 f.

## 263 **8. Verbot von „bis-zu“ Klauseln in Internetverträgen**

264

265 In vielen Verträgen mit Internet Service Providern finden sich „bis-zu“-Klauseln; damit  
266 wird eine hohe Bandbreite suggeriert<sup>21</sup>. Angegeben wird hierbei keine garantierte  
267 Mindestbandbreite oder eine durchschnittliche Bandbreite, sondern eine theoretisch  
268 maximal mögliche, welche jedoch nur in Ausnahmefällen tatsächlich erreicht wird.  
269 Verbraucher werden durch Angebote und Verträge dieser Art in die Irre geführt. Der  
270 durchschnittliche Internetnutzer kann nur schwer nachvollziehen, welche Bandbreite ihm  
271 tatsächlich zur Verfügung steht. Werbung und derartige Klauseln in Verträgen verstoßen  
272 möglicherweise gegen § 3 Abs. I und II des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb  
273 (UWG). Die Provider verweisen meist auf ihre AGBs, dass lediglich die am Wohnort des  
274 Kunden maximal mögliche Bandbreite bereitgestellt werden müsse.

275 **Die CDU Südbaden fordert daher ein Verbot von „bis-zu“ Klauseln in**  
276 **Internetverträgen, verbunden mit der Pflicht zur Angabe einer garantierten**  
277 **Mindestbandbreite, die dem Kunde bereitgestellt werden muss. Falls notwendig ist**  
278 **hierzu der Anhang des § 3 UWG entsprechend zu konkretisieren.**

279

## 280 **9. Netzneutralität**

281

282 Das Internet wie wir es kennen beruht auf dem Prinzip der Netzneutralität. Das bedeutet,  
283 dass Zugangsanbieter Datenpakete von und an ihre Kunden unverändert und  
284 gleichberechtigt übertragen müssen, unabhängig davon, woher diese stammen oder  
285 welche Anwendungen die Pakete generiert haben. Daran wollen wir festhalten, da sich  
286 dieses Prinzip über Jahre hinweg bewährt hat und die Basis für viele, heute nicht mehr  
287 wegzudenkende Internetdienste und Innovationen ist. Auch das EU Parlament hat sich  
288 bereits für die Netzneutralität ausgesprochen<sup>22</sup>.

289 Die „Netzallianz“ unternimmt hingegen erneut den Versuch, die Netzneutralität  
290 aufzuweichen: „Regelungen zur Netzneutralität sollten daher keine neuen  
291 Geschäftsmodelle zu Lasten zukünftiger Innovationen und Produktvielfalt erschweren<sup>23</sup>.“  
292 „Das bisherige Leistungsniveau [...] soll neben qualitätsgesicherten Diensten dynamisch  
293 weiterentwickelt werden<sup>24</sup>.“ Hier soll im Windschatten des Breitbandausbaus der Weg für  
294 neue, nicht netzneutrale Produkte geebnet werden.

295 **Die CDU Südbaden bekennt sich zu dem Grundsatz der Netzneutralität und fordert,**  
296 **dass die Transport- und die Dienstebene im Internet auch weiterhin getrennt bleiben**  
297 **müssen. Wir plädieren für eine gesetzliche Regelung, insoweit der bestehende**  
298 **Wettbewerb die neutrale Datenübermittlung durch die Netzanbieter nicht mehr**  
299 **sicherstellt, um so die Netzneutralität zu wahren. Maßnahmen zur Sicherung der**

---

<sup>21</sup> z.B. „DSL16000“, „Internet 100“, „3play PLUS 120“ usw.

<sup>22</sup> Verfahren 2013/0309(COD)

<sup>23</sup> Netzallianz Digitales Deutschland: Kursbuch Netzausbau vom 07.10.14, Seite 8 ff.

<sup>24</sup> Netzallianz Digitales Deutschland: Kursbuch Netzausbau vom 07.10.14, Seite 8 ff.

300 **Dienstqualität („Quality of Service“) sollen in Zukunft europäisch kohärent, aber durch**  
301 **die nationalen Regulierungsbehörden erfolgen.**

302

## 303 **10. IT-Sicherheit**

304

305 Aufgrund der starken Zunahme von Angriffen auf IT-Systeme in jüngster Zeit wie  
306 beispielsweise in Estland im Jahre 2007, auf das Netzwerk der Sony Playstation im Jahre  
307 2011 oder die Heizsysteme des deutschen Unternehmens Vaillant im vergangenen Jahr,  
308 wird die Bedeutung sicherer Netze und Informationssysteme immer größer. Auch für die  
309 deutsche Wirtschaft - ob große oder kleine und mittelständische Unternehmen - ist der  
310 Schutz von Know-How und Geschäftsgeheimnissen in diesem Zusammenhang  
311 unerlässlich. Da Cyberangriffe nicht an nationalen Grenzen Halt machen, jedoch der  
312 Rechtsrahmen sowie das Niveau der Resilienz, d.h. der Abwehrbereitschaft und Robustheit  
313 der Systeme in den europäischen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, brauchen wir  
314 eine solide EU-Richtlinie zur IT-Sicherheit<sup>25</sup>. Darin ist insbesondere vorzusehen,  
315 Unternehmen in kritischen Sektoren - darunter Energie, Verkehr, Finanzmärkte oder  
316 Gesundheit - zu verpflichten, bestimmte Vorfälle zu melden und geeignete Maßnahmen zu  
317 ergreifen, um die Abwehrbereitschaft und Sicherheit ihrer Informationssysteme zu  
318 gewährleisten. Gleichzeitig sollen die Mitgliedstaaten zu einer strategischen und  
319 operationellen Kooperation verpflichtet werden, um EU-weit ein Mindestmaß an  
320 Netzsicherheit zu gewährleisten.

321 **Die CDU Südbaden plädiert für die zügige Annahme der EU-Richtlinie und fordert**  
322 **einen klaren Fokus auf kritische Infrastrukturen für eine effektive Umsetzung und**  
323 **Anwendung der Richtlinie.**

---

<sup>25</sup> Verfahren 2013/0027 (COD)